

## **Samtgemeinde-Haushalt: kein Spielraum für Investitionen**

Als vor knapp vier Jahren die Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt zur Samtgemeinde Elm-Asse fusionierten, fiel nicht nur den politischen Verantwortlichen ein Stein vom Herzen. 32,8 Millionen Euro schwer wog die Schuldenlast, die im Zuge des Zusammenschlusses dank der Entschuldungshilfe durch das Land Niedersachsen und die Kommunen des Landes im Rahmen des Zukunftsvertrages getilgt wurde. Ein Teil des Weges war also geebnet, als das Kapitel Samtgemeinde Elm-Asse am 1. Januar 2015 mit der frisch gewählten Samtgemeindebürgermeisterin Regina Bollmeier an der Spitze seinen Lauf nahm.

Bis zum heutigen Tag arbeiten Politik und Verwaltung im Schöppenstedter Rathaus zwar nach Kräften an der Stabilisierung der neuen Samtgemeinde, doch nach wie vor wiegt die im Zukunftsvertrag festgeschriebene Hypothek schwer und treibt den Verantwortlichen besonders bei der jährlichen Haushaltplanung immer wieder tiefe Sorgenfalten auf die Stirn. Die Zahlen sprechen dabei Jahr für Jahr eine klare Sprache. Auch 2019 steht weiterhin der Schuldenabbau an erster Stelle.

„Zum jetzigen Zeitpunkt sind es rund 14 Millionen Euro an Liquiditätskrediten (herrührend aus Sollfehlbeträgen der ehemaligen Samtgemeinden Schöppenstedt und Asse, (Anm.d. Red.), die noch getilgt werden müssen“, konstatiert Regina Bollmeier. Eine Zahl, die das ganze Dilemma schonungslos offenlegt. Lediglich eine Million Euro vom Schuldenberg hat die Samtgemeinde in den vergangenen vier Jahren abknabbern können. Rechnet man diesen Betrag, ohne jegliche Eventualitäten, auf die nächsten Jahre hoch, dann wird selbst schlechten Mathematikern schnell klar, dass auch über das Jahr 2019 hinaus der Sparkurs an oberster Stelle stehen wird und Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft und weitere wichtige Bereiche der Mitgliedsgemeinden höchstwahrscheinlich noch Jahrzehnte hinten angestellt werden müssen oder nur dann realisiert werden können, wenn ausreichend Fördermittel zugesagt werden. „Man verwaltet eher Schulden, als dass man gestalten kann“, sagte die Ende 2019 scheidende Bürgermeisterin Bollmeier im Interview mit dem Stadtspiegel vor zwei Wochen und zeigte sich vor den anstehenden Gesprächen zur Haushaltsplanung 2019 mit Verantwortlichen des Landes Niedersachsen und des Landkreises Wolfenbüttel im Innenministerium Hannover leicht besorgt. Wider Erwarten lief das Treffen in der Landeshauptstadt jedoch besser als gedacht. „Die Gespräche liefen deutlich positiver als noch in der Vergangenheit, und unsere Zahlen für 2019 wurden akzeptiert. Das Land hat erkannt, dass eine gewisse Infrastruktur, etwa Kitas oder Feuerwehren, aufrechterhalten werden muss, und zeigte sich dahingehend verständnisvoll“, so Bollmeier erleichtert. „Besonders positiv wurde dabei aufgenommen, dass wir die Zuweisungen an unsere Mitgliedsgemeinden mit Auflagen verbunden haben. So etwa die Anhebung ihrer Steuern auf 420 Steuerpunkte. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass die Samtgemeinde kein eigenes Steuereinkommen hat. Damit wichtige Infrastruktur jedoch erhalten werden kann, natürlich auch in den Mitgliedsgemeinden, musste die Steuer angehoben werden.“ 2019 ist es vor allem der Neubau der Kita Hummelburg, der den Haushalt der Samtgemeinde stark belastet und gleichzeitig den Kreditbedarf erhöht. Unter anderem auch aus diesem Grund wurde bei der Ratssitzung am 27. September ein Beschluss zur Erhöhung der Samtgemeindeumlage um 450 000 Euro auf 6,7 Millionen Euro gefasst. Nur mit der Umlage kann die im Zukunftsvertrag festgeschriebene ordentliche Tilgung aus dem Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit gedeckt und somit der „kameralistische“ Haushaltsausgleich erreicht werden.

„Im Allgemeinen sind es die Pflichtleistungen, die den Haushalt am stärksten beanspruchen. Allein die Kitas kosten im Jahr etwa 5,5 Millionen Euro. Auch die Personalkosten steigen

stetig. So wurden zuletzt die Tarife im öffentlichen Dienst erhöht, was unseren Haushalt natürlich zusätzlich belastet. Bei diesen Pflichtleistungen können wir nichts mehr einsparen. Auch bei den freiwilligen Leistungen sehe ich kein Einsparpotenzial mehr“, erklärt Bollmeier und weist darauf hin, dass für 2019 bis auf nötige Instandhaltungsmaßnahmen an Grundschulen keine weiteren Ausgaben geplant seien. Somit sieht für Regina Bollmeier, ihren Nachfolger und den weiteren Verwaltungsapparat die Zukunft nicht nur 2019 alles andere als rosig aus. Bereits sicher ist, dass alle Beteiligten auch in den kommenden Jahren vorwiegend damit zu tun haben werden, den Spagat zwischen Schuldenverwaltung und notwendigen Investitionen hinzubekommen. Endgültig beschlossen werden soll der Haushalt für 2019 am 18. Dezember vom Samtgemeinderat.

Sebastian Nickel



Am 18. Dezember wird im Rathaus der Haushalt für 2019 beschlossen. Wieder einmal sorgen die Zahlen für wenig Zuversicht. Besserung ist auch auf lange Sicht nicht abzusehen  
Foto: Nickel